

Nazi-Märsche verbannen - Antidemokratisches und rassistisches Kulturgut ächten
Initiative: Colin Turner, A4

Beschluss Nr .16

Vollversammlung vom 28.11.201

I. Antrag:

1. Die Stadtverwaltung stellt sicher, dass auf öffentlichen Veranstaltungen unter Beteiligung der Landeshauptstadt und auf Veranstaltungen mit herausragender Bedeutung für das öffentliche Ansehen der Stadt wie dem Oktoberfest keine Musik gespielt wird, die als Instrument der Verherrlichung nationalsozialistischer oder sonstiger rassistischer Ideologien komponiert wurde.
2. Zu diesem Zweck erstellt das Kulturreferat eine Liste von einschlägigen Stücken, deren Abspielen verboten ist. Diese Liste wird den jeweiligen Musikgruppen zuvor übermittelt.
3. Für den Bedarfsfall soll geprüft werden, ob eine Teilnahme als Musikgruppe an den öffentlichen Veranstaltungen, z.B. am Trachtenumzug zum Oktoberfest, an die Bedingung geknüpft werden kann eine auf diese Verbotsliste basierende Selbstverpflichtungserklärung im Vorfeld zu unterschreiben.

II. Begründung:

Am diesjährigen Trachtenumzug wurde laut Zeitungsberichten der „Standschützenmarsch“ von einer Blaskapelle gespielt. Der bereits 1938 gegründete Standschützenverband, diente den Nazis als Instrument zur Gleichschaltung. Das Lied ist eindeutig zur Verherrlichung des Nationalsozialismus geeignet. Hier möchten wir u.a. auf die Arbeit vom Innsbrucker Musikwissenschaftler Kurt Drexel verweisen.

Für den Migrationsbeirat ist klar, dass das Abspielen solcher Lieder im öffentlichen Raum einer toleranten, weltoffenen und vielfältigen Stadt wie München das Stadtklima schädigt. Daher begrüßen wir explizit den Vorstoß der Stadtratsfraktion Die Grünen/Rosa Liste. Jedoch möchten wir darauf hinweisen, dass eine kultur- und geschichtssensible Bewertung von Musikstücken weder ein singuläres Problem beim Oktoberfest ist, noch darf sich die Ächtung ausschließlich auf die Verherrlichung und problematische Inhalte der Zeit des Nationalsozialismus beschränken. Eine rassismuskritische Betrachtungsweise muss u.a. auch koloniale Inhalte, Stereotypisierung von Minderheiten und anderes umfassen.

III. Beschluss nach Antrag

mehrheitlich beschlossen

gez.
Dimitrina Lang
Vorsitzende des Migrationsbeirats

gez.
Colin Turner
Ausschusssprecher A4